

Wann, wenn nicht jetzt? Friedensbildung – eine grundlegende und hochaktuelle pädagogische Aufgabe

Von Werner Wintersteiner

Aufregung um Landesverteidigung und Schule

„Bundesheer will ‚umfassende Landesverteidigung‘ in Schulen etablieren“ lauteten die Schlagzeilen Anfang August. Bildungsminister Martin Polaschek und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (beide ÖVP) haben die Saure-Gurken-Zeit genutzt, um ihre Verständigung auf ein Thema, das doch eine gewisse Brisanz hat, zu verkündigen. Einerseits soll umfassende Landesverteidigung stärker in der Schulbildung, speziell in der politischen Bildung, verankert werden. Dazu werden zwei Offiziere in die Schulbuchkommission eingebunden. Andererseits meint das Verteidigungsministerium, eine Lösung für Personal-mangel im Lehrberuf parat zu haben. Man möchte besonders Milizsoldat:innen, Heeressportler:innen oder Militärmusiker:innen für den Schulunterricht motivieren. Begründet wird dieser doppelte Vorstoß mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, „um unsere Neutralität und Unabhängigkeit auch in Zukunft wahren und schützen zu können“, so Ministerin Tanner in einer Presseaussendung.⁽¹⁾

Die Kritik ließ nicht lange auf sich warten. „Soldat:innen haben in Schulklassen nichts verloren. Der verstärkte Einfluss des Bundesheeres in Klassen und Lehrplänen ebnet den Weg hin zu einem militari-sierten Bildungswesen“, so die prompte Stellungnahme der Öster-reichischen Hochschüler:innen-schaft.⁽²⁾ Widerstand kam auch von der SPÖ-nahen Aktion kritischer

Schüler_innen (AKS) und SPÖ-Vor-sitzendem Andreas Babler. Der Versöhnungsbund hat sich in einem offenen Brief besorgt über die „Ver-sicherheitslichung“ aller Fragen ge-äußert. Sogar in Deutschland hat eine Tageszeitung das Thema unter dem Titel „Militarisierte Alpenrepu-blik“ aufgegriffen (Junge Welt, 10. August 2023, S.7). Daraufhin sah sich der linksliberale Standard ver-anlasst, zur Verteidigung der Initiati-ve der beiden ÖVP-Minister:innen auszurücken. Lisa Nimmervoll kann darin keine Militarisierung erken-nen. Sie kritisiert ihrerseits einen „verzerrten Blick auf die Rolle des Bundesheers“, erinnert daran, dass geistige Landesverteidigung in der Verfassung verankert ist und meint, es „wäre die Aufregung über eine vermeintliche ‚Militarisierung‘ der Schule ein guter Anlass, die geistige Landesverteidigung sehr buch-stäblich zu fassen – und den Som-mer noch zu nutzen für eine echte Bildungsdebatte.“ (Der Standard, 17. August 2023, S.24)

Viel Lärm um nichts?

Ich denke, Lisa Nimmervoll hat Recht, wenn sie in der isolierten Tatsache, dass nun unter Milizsol-dat:innen für den Lehrberuf gewor-ben wird, noch keine Militarisierung der Schule erkennen kann. Auch ihre Idee, den Sommer für eine ech-te Bildungsdebatte zu nutzen, die leider niemand (außer dem Versöh-nungsbund) aufgegriffen hat, finde ich begrüßenswert. Wenn man sich aber alle Faktoren ansieht, kommt man doch zu einem anderen Bild.

Fügen wir doch die Elemente zu-sammen, die zusammengehören: In der Ukraine tobt der russische Angriffskrieg, der auf entschiedene Gegenwehr stößt. Westliche Staa-ten liefern dem bedrängten Land immer mehr Waffen zu seiner Ver-teidigung. Doch damit nicht genug. Der öffentliche Diskurs auch in den nicht unmittelbaren betroffenen Staaten schaltet auf Kriegsmodus. Das heißt, es wird nur mehr in mili-tärischen Kategorien gedacht, der Sieg der Ukraine (wie immer er de-finiiert wird) wird zur einzig akzep-tierten Option. Verhandlungen wer-den ausgeschlossen. Dass die Ge-fahr der Eskalation des Krieges steigt und dass die geopolitischen Spannungen – etwa zwischen USA und China zunehmen – wird als un-vermeidlich in Kauf genommen. Frieden wird zum Unwort. Militäri-sche Stärke wird zur Kardinaltug-ende. Die Zeitenwende erfordert es.

In so einer Situation gibt es bil-dungspolitisch zwei Wege: Entwe-der die Bildung passt sich dem ge-genwärtigen hysterischen Diskurs an und stellt Weichen, um den Ein-fluss militärischen Denkens auf Schule und Unterricht zu verstär-ken. Oder sie hält bewusst dage-gen – aus der Überzeugung her-aus, dass es gerade jetzt wichtig ist, die Jugend im Geist des Friedens zu erziehen, sie zu lehren, friedens-politische Alternativen zu denken und den Wert friedenspolitischen Handelns zu erkennen.

Die Initiative von Polaschek und Tanner ist eindeutig ein Schritt in

die erste Richtung. Denn man muss auch all dem Beachtung schenken, worüber die beiden Minister:innen nicht sprechen – nämlich über die Notwendigkeit, Friedenskompeten-zen zu erwerben, die Bedeutung von Nachhaltigkeit zu verstehen und angesichts der globalen Her-ausforderungen eine kosmopoliti-sche Denkweise zu entwickeln.

Was sagen die neuen Lehrpläne?

Genau das sind aber Kernpunkte der Lehrpläne für Mittelschulen und AHS-Unterstufe, die ab diesem Herbst in Kraft treten. Sie enthalten einige wesentliche bildungspoliti-sche Weichenstellungen, die der Öffentlichkeit wohl gar nicht be-wusst sind.

So heißt es z.B. in den Leitvorstel-lungen im Abschnitt „Allgemeines Bildungsziel“ des neuen AHS-Lehr-plans sehr klar:

„Schule und Unterricht tragen dazu bei, dass junge Menschen befähigt werden, bei der Bewältigung von gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen eine aktive Rolle ein-zunehmen. Dazu gehört, dass Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung angebahnt werden. Wesentliche pädagogische Berei-che, die diesen Kompetenzerwerb unterstützen, sind die Bildung für nachhaltige Entwicklung, Politische Bildung mit Global Citizenship Edu-cation, Friedenserziehung und Menschenrechtsbildung.“

Diese Festlegungen gelten für alle Unterrichtsfächer. Sie schreiben so-mit eine zentrale Bildungsaufgabe des österreichischen Schulwesens fest. Denn in den Leitvorstellungen heißt es weiter: „Für das integrative Denken der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung sind so-wohl fachspezifische als auch fä-cherübergreifende Bezüge von gro-

ßer Bedeutung. Schülerinnen und Schüler und das gesamte Schul-team übernehmen gemeinsam Ver-antwortung, wodurch Schulen Mo-delle für eine zukunftsfähige Le-bensgestaltung sind.“

Wie wichtig Frieden bzw. Friedens-erziehung den Lehrplangestalter:in-nen sind, kann man auch daran ab-lesen, dass diese Begriffe außer-dem explizit in den Fachlehrplänen Geschichte und Politische Bildung sowie Deutsch und Lebende Fremdsprachen als Bildungsziele genannt werden.

Und was sagt der Herr Minister?

Es ist mir keine Äußerung des Bil-dungsministers bekannt, in der er diese wirklich bahnbrechenden Neuerungen der Lehrpläne lobt. Er könnte doch stolz sein auf so zeit-gemäße Bestimmungen wie „Bil-dung für nachhaltige Entwicklung, Politische Bildung mit Global Citi-zenship Education, Friedenserzie-hung und Menschenrechtsbildung“.

Daher mein Appell:

Herr Minister Polaschek, verweisen Sie doch mit aller Deutlichkeit auf Friedensbildung als zentrales Ziel der Lehrpläne!

Und wenn Sie von geistiger Lan-desverteidigung sprechen: Erwäh-nen Sie doch, dass geistige Lan-desverteidigung bedeutet, „die Auf-gabe der Friedenspädagogik ernst zu nehmen“, wie es auf der Website Ihres Ministeriums heißt!⁽³⁾

Loben Sie doch die Arbeit Ihrer Ex-pert:innen, deren neue Lehrpläne mit der fortschrittlichen internati-onalen Entwicklung Schritt halten! Denn die Curricula entsprechen den Leitlinien der Nachhaltigen Bil-dungsziele der UNO (2015) ebenso wie der europaweit gültigen Dublin Declaration zur „Global Education“ (2022) oder der UNESCO Recom-mendation „Education For Internati-

onal Understanding“ (aktualisiert 2023).

Ein eigenes Schulfach Frieden

Wir sind also bildungspolitisch in Österreich viel besser aufgestellt, als manche Kritiker:innen es ver-muten. Allerdings gibt es doch noch ein großes Defizit. Es fehlt an ei-nem eigenen Schulfach, das als Trägerfach die Umsetzung all der genannten hehren Bildungsziele koordiniert und anführt. Denn das Doppelfach Geschichte und Politi-sche Bildung hat dafür eine viel zu geringe Stundenkapazität. Und die Lehramtsausbildung kann unter den gegebenen Umständen auch kaum den beiden Schwerpunkten gleichermaßen gerecht werden. Es wäre daher ein neues Fach zu schaffen, welches das „integrative Denken der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung“ als Hauptaufgabe hat. Das Fach könn-te Friedensbildung heißen, oder Global Citizenship Education, oder Planetare Bildung – die Hauptsache, es ist mit ausreichend Stunden ausgestattet, um das umzusetzen, was schon lange in unserem Schul-wesen zu kurz kommt: das Zu-sammendenken der verschiedenen Wissensbereiche, um die Kompe-tenzen zur Bewältigung der Haupt-aufgaben der Menschheit auszubilden – die Organisation einer Welt-gesellschaft, der es gelingt, in Frie-den unter den Menschen und in Frieden mit der Natur zu leben.

Werner Wintersteiner ist Universi-tätsprofessor (i.R.) für Deutschdi-daktik an der Alpen-Adria-Univer-sität Klagenfurt (AAU) und Grün-der des dortigen Zentrums für Friedensforschung und Friedens-bildung.

(1) https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220807_OTS0003/tannerpolaschek-umfassende-landesverteidigung-essentiell-fuer-ganzheitliche-sicherheit-bild

(2) <https://orf.at/stories/3326575/>, 6. 8. 2023

(3) <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/ba/glv.html>

